

Kempter Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittwochs Unterhaltungsbillett.“ — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten die Saagschleife, für Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalts Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisschritte oder deren Raum 15 Pfa., die Spaltenweise Adressenliste 40 Pfa., Auslaufschreiben 20 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingtes gezeichnet oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Zeitungsgebühren: 10 — Mk. das Quartale, zusätzlich Postgebühren. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 77

Donnerstag, den 2. Juli 1931

33. Jahrg.

Gefunden:

1 brauner Handkoffer.

Kemberg, den 30. Juni 1931.

89) Die Polizeiverwaltung. Der Kreisaufschuß in Wittenberg hat die Erhebung einer

Frettchensteuer

beschlossen. Die Jahressteuer beträgt 100 RM. Personen, die Frettchen halten, haben hierüber der Gemeindebehörde innerhalb 8 Tagen nach Erscheinen dieser Bekanntmachung oder nach Anschaffung eines Frettchens Anzeige zu erstatten.

Kemberg, den 29. Juni 1931.

90) Der Magistrat.

Neuer Schritt Hoovers?

Washington, 1. Juli. Im Weißen Haus wurde die übliche Pressekonferenz abgehalten. In Regierungskreisen beschränkt man sich auf die Feststellung, daß die Lage zu jeder Zeit ernst und unbefriedigt sei, der Frankreich als ein in die gläubigeren Staaten bisher weigere, an einer großzügigeren internationalen Zusammenarbeit teilzunehmen. Bei allen ehrlichen Bemühen, zu einer Verständigung mit Paris zu gelangen, sehe man kaum eine Möglichkeit weiteren Nachgebens, ohne den klaren Sinn des Hoover-Plans preiszugeben. Eine amerikanische Garantie für die „Fähigkeit“ des Youngplans lehnt Washington selbstverständlich ab, und man erklärt es für widerförmig, von Deutschland dieser verzeihliche finanzielle Lage liberal zugehen zu werden; zu erwarten, daß es den in Höhe des unaufhebbareren Teils ihm zu gewährnden Kredit in kurzer Frist zurückzuzahlen.

Hoover befragt die Lage in einer längeren Kabinettsitzung, an der Cattle und Mills teilnahmen, nachdem er vorher erneut mit Mellon telefoniert hatte. In parlamentariischen Kreisen umgehende Gerüchte, für die eine Befähigung jedoch nicht zu erlangen ist, bezogen, daß Hoover nicht nachgeben, aber auch Deutschland nicht im Stich lassen werde, sondern schon jetzt mit seinen antilich und parlamentariischen Mitarbeitern berate, wie man Deutschland nicht gegenfalls ohne Frankreichs Mitwirkung helfen könne. Als halbes werden die Meldungen berichtet, wonach man hier eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wolle. Man lehnt hier auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungsaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung eingeleitet habe und sie auch durchführen werde.

Der französischer Ministerrat.

Ein nichtsagender Bericht.

Leber der Ministerrat, der um 6 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumer im Elysee zusammentrat, wurde lediglich folgender kurzer Bericht ausgearbeitet: „Ministerpräsident Cavall gab über den Stand der Verhandlungen mit dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon und dem amerikanischen Vorkaufers Edge Aufschluß.“

Gegen 10 Uhr abends leitete Cavall die Befragungen mit Mellon fort. Der amerikanische Schatzsekretär hatte im Laufe des Tages mehrfach telefonisch mit dem Weißen Haus in Verbindung gestanden. Wie verlautet, wird Amerika seinen Vorschlag annehmen, der nicht dem Sinn und Zweck des Hoover-Plans vollkommen entspreche. In amerikanischen Regierungskreisen betrachtet man die Lage in Paris zwar als

desolat, aber nicht als hoffnungslos, doch ist man sich darüber im Klaren, daß das amerikanische Parlament nie auf den Plan Hoovers eingehen werde, wenn er zu sehr verwasstert und sein eigentlicher Zweck einer völligen Riempause für Deutschland verriet. Dies wurde der französischen Regierung von Mellon ganz klar zum Ausdruck gebracht.

Frankreich gibt nicht nach.

Wie bereits über den Verlauf des Ministerrats mitteilt, hat sich das Kabinett einmütig über die Notwendigkeit geäußert, daß die französische Regierung sich nach der Abstimmung in der Kammer an den Text ihrer Antwort vom 24. Juni halten muß.

Die Meinungsverhältnisse zwischen Paris und Washington seien bekannt. Frankreich schlägt vor, daß die durch das Moratorium verfügbaren Summen nicht nur zur Besserung des Kreditstatus Deutschlands, sondern auch der anderen mitteleuropäischen Staaten verwendet werden, wenn die Auslegung der Youngschulden finanzielle und wirtschaftliche Störungen hervorruft. Die Vereinigten Staaten dagegen wollen ihre Bemühungen lediglich auf die Wiederherstellung Deutschlands richten.

Frankreich fordert andererseits vor Ablauf des zwölftmonatigen Moratoriums die Prüfung von Maßnahmen, die beiderseits im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Zahlungen ergriffen werden müssen. Hinsichtlich dieses wichtigen Punktes habe, wie es scheint, Frankreich, der Haupt-

gläubiger Deutschlands, weder seitens der Vereinigten Staaten noch Deutschlands die erforderlichen beruhigenden Versicherungen erhalten. Das Angebot des Präsidenten Hoover legt Wert darauf, daß die von Deutschland 1931/32 zu bewilligende Annuität erst nach 25 Jahren geteilt werden soll. Die französische Regierung dagegen hat in ihrer Antwort erklärt, daß dieser Betrag am Ende des zwölftmonatigen provisorischen Moratoriums fällig werden müßte.

Die französische Regierung hat in einem Gefühl des Entgegenkommens (! Die Red.) beschlossen, diese Frist von einem Jahr auf fünf Jahre zu verlängern; aber das ist, wie es scheint, das einzige Zugeständnis, das der Ministerrat zu seinen anfänglichen Plan annehmen zu müssen geglaubt hat, ohne daß das „gehobene Recht Frankreichs auf Reparationen“ beeinträchtigt wird.

Senatsentscheidung zum Hooverplan.

— Paris, 1. Juli.

Nach der Kammer erörterte namentlich auch der französische Senat den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover. Nach längerer Debatte und einer Erklärung des Finanzministers wurde die Ausprache mit der Annahme folgender Entschöpfung beendet:

Der Senat ist der Ansicht, daß die Föhung der Verträge und der Abmachungen die einzigen Grundlage der internationalen Beziehungen bildet. Der Senat erinnert an die Opfer und Zugeständnisse aller Art, die Frankreich seit 13 Jahren zugunsten der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zugunsten der Wiederherstellung der Einkünfte und der europäischen Wirtschaft gebracht hat. Der Senat billigt die Erklärung der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

In der vorausgegangenen Debatte hatte Senator Levery ausgeführt, die Vereinigten Staaten nehmen heute Frankreich an der Gurgel und verlangen, daß es nicht bezahlt werde.

Im Verlaufe der Debatte nahm auch der

Ministerpräsident Cavall

das Wort und erklärte, die Lage sei heftiger als jemals seit Kriegsende. Der Youngplan und die Jaager Abmachungen müßten aufrechterhalten werden, denn sie stellten die endgültige und vollständige Reparationsregelung dar. Die gewöhnliche Kritik sei ernst, vor allem für Deutschland.

Man müsse beachten, daß alle Regierungen Hoovers Plan zugestimmt hätten.

Frankreich habe daher diesen Vorschlag nicht ablehnen dürfen, sondern es habe lediglich Vorbehalte geltend machen können. Bei den Verhandlungen, die fortgesetzt werden würden, werde die Regierung an die „gerechte Sorge und die Würde Frankreichs denken“. Ferner werde die Regierung demnach eine freimütige Ausprache mit dem deutschen Reichsminister haben.

Zum Schluß betonte der Ministerpräsident, angesichts der schwierigen Verhandlungen könne er weitere Mitteilungen nicht abgeben. Die Regierung bedürfe starker Autorität und erwarre daher eine patriotische Vertrauensumgebung des Senats.

Italien führt den Hoover-Plan aus.

Washington, 1. Juli. Die italienische Regierung hat dem Staatsdepartement durch ihren Vorkaufers mittlerer lassen, daß Italien in Ausführung des Hoover-Plans ab 1. Juli vorläufig auf Tributabgaben verzichtet.

Belgien stimmt Hoovers Plan zu.

Bitte um Berücksichtigung der bisherigen Spezialabhandlung des Landes.

Brüssel, 1. Juli.

Die belgische Regierung veröffentlichte jenen den Wortlaut ihrer Note an Präsident Hoover. Der wesentlichste Teil dieser Note lautet:

„Die belgische Regierung hat den Vorschlag des Präsidenten Hoover als eine Tat von weittragender Bedeutung aufgenommen. Sie betrachtet ihn als den Beginn eines großen Verlangens internationaler Solidarität, hinsichtlich auf eine Wiederanrufung der allgemeinen Wirtschaft, ein Ziel, dessen Perspektive allezeit schon heute auf allen Seiten ein Gefühl des Vertrauens und der Hoffnung hat nach werden lassen.“

Die großen Schwierigkeiten des Augenblicks werden in der Tat nur dann überwunden werden können, wenn die Völkler sich ihrer gemeinsamen Interessen bewußt geworden sein werden, wenn sie alle Gründe der Unruhe und der Unsicherheit beseitigen werden und ihre Kräfte in einem Geiste der Zusammenarbeit und der Hilfsbereitschaft vereinen.

Das belgische Volk würdigt aufrichtig, daß die amerikanische Initiative zum Erfolg führen wird. Es erinnert jedoch daran, daß Belgien ein ungeheures Recht auf Wiedergutmachung der Schäden hat, welche es ungerichtet erlitt. Dieses Recht hat dazu geführt, innerhalb der Reparations- und Kriegsschuldenregelung um eine Spezialabhandlung zuteil werden zu lassen, von welcher abzugehen, heute kein Grund vorliegt. Unter diesen Umständen wäre es nicht

anzunehmen, daß die geplante Hilfsaktion Belgien ganz besonders schwere Lasten auferlegte und es schweren finanziellen Schwierigkeiten aussetzte.

Im Hinblick auf diese Erwägung stimmt die belgische Regierung aufrichtig dem Prinzip des Vorschlags des Präsidenten Hoover zu, überzeugt davon, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Notwendigkeit anerkannt wird, die Modalitäten der Ausführung fest zu bestimmen, daß der Plan mit der jeweiligen Situation und den Rechten Belgens in Einklang gebracht werden kann.“

Zuspökung in Paris.

Deutschland soll die Schuld tragen.

Zur Unterbrechung der französisch-amerikanischen Verhandlungen nehmen die Pariser Blätter nur wenig Stellung. Sie bemühen sich lediglich, den Rahmen einer allgemeinen Information nicht zu überschreiten, und betonen dabei übereinstimmend, daß es keine französische Regierung gebe, die sich bereitfinden könne, in ihren Zugeständnissen noch weiter zu gehen, als dies Cavall und Briand bereits getan hätten. Ein Teil der Schuld an dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen suchen sie auf Deutschland abzuwälzen, das sich bisher einer französisch-deutschen Verständigung entgegen gestellte.

Leber zwei Hauptpunkte bestehen nach wie vor weitgehende Meinungsverhältnisse: Frankreich verlangt die Rückzahlung des deutschen Kredits innerhalb von spätestens 5 Jahren nach Ablauf des einjährigen Zahlungsanspruchs. Amerika betrachtet diesen Zeitraum für ungenügend und verlangt 25 Jahre. 2. Frankreich verlangt Garantie dafür, daß Deutschland während dieser 5 Jahre von sich aus seinen neuen Moratoriumsantrag stellt. Wenn dies doch der Fall sein sollte, wünscht die französische Regierung von der Verpflichtung entbunden zu werden, den Garantiekonten in Höhe von 500 Millionen Reichsmark an die B33 zu zahlen. 3. Frankreich wünscht, daß auch verbleibende andere mitteleuropäische Länder von den freiverbindlichen Geldern des ungezüglichten Teiles der Reparationen profitieren, während Amerika die Zahlung nur Deutschland zuerlassen will. Was den Zinsfuß anlangt, den Frankreich für den an Deutschland zu erstellenden Kredit verlangt, so scheint es, als ob sich Amerika mit einem ganz geringen Satz einverstanden erklärt hat.

In französischen Unterabteilungen ist man der Zuspökung, daß über Punkt 1 und 3 eine Einigung erzielt werden könnte. Punkt 2 bildete hingegen Gegenstand einer ausgedehnten Ausprache während des Ministerrats. Dabei wurde beschlossen, daß die französische Regierung in diesem Punkt auf seinen Fall nachgeben könne.

„Frankreich kann Deutschland zwingen“.

Zu der Unterbrechung der amerikanisch-französischen Verhandlungen erklärte einer der beteiligten französischen Minister folgendes: „Washington hat nunmehr das Wort. Man muß aber zugeben, daß Deutschland die Angelegenheit nicht erleichtert. Sicher sollte alles zum 1. Juli fertig sein, aber wir können nicht schneller gehen. Wir sind jedoch nach wie vor optimistisch über den endgültigen Ausgang der Verhandlungen.“

Ministerpräsident Cavall betonte, daß er Mellon in Uebereinstimmung mit allen Regierungsmitgliedern geantwortet habe. Er sagte dann wörtlich: „Präsident Hoover kann sich hinter einem Kongreß verschämen und ich verzichte mich hinter der Kammer, die ihrer Meinung Ausdruck gegeben hat. Ich füge, daß wir an der bisherigen Grenze der Zugeständnisse angelangt sind. Die französische Öffentlichkeit würde nicht begreifen, daß wir noch weiter gingen. Ich bleibe aufrichtig, aber fest.“

Bertinart sagt im „Echo de Paris“, Deutschland habe in den bisherigen Verhandlungen eine ganz bestimmte Rolle gespielt. Die Reichsregierung habe nicht einmal den Hoover-Vorschlag abgewartet, denn schon am 17. Juni habe der deutsche Vorkaufers dem französischen Finanzminister gesagt, daß Deutschland von dem Recht des Moratoriums Gebrauch machen werde. Der Vorkaufers habe schon damals gesagt: — und das habe man bisher immer verstanden — daß die deutschen Zahlungen niemals wieder aufgenommen werden würden. Cavall und Briand hätten später den Reichsminister und den Finanzminister eingeladen, bereits am 27. Juni nach Paris zu kommen und an den Verhandlungen teilzunehmen. Beide Reichsminister hätten jedoch abgelaßt.

Selbst bei einem Scheitern der amerikanisch-französischen Bepredungen würde sich die Lage Frankreichs nicht verschlimmern. Ganz ihrer finanziellen Macht werde die französische Regierung immer Deutschland ihren Willen aufzwingen können. Zu gewisser Hinsicht würde es für Frankreich sogar vorteilhaft sein, unmittelbar mit Deutschland unter Ausschlaltung Amerikas zu verhandeln.

Eine Erklärung Hoovers.

Washington, 1. Juli

Unterstaatssekretär Cattle gab nach einer längeren Bepredung mit dem Präsidenten Hoover aus dem Weißen Hauses den Staatssekretär für die Finanzen Mills, folgende Erklärung ab: „Alle Regierungen mit Ausnahme der französischen haben nunmehr dem Plan des Präsidenten Hoover grundsätzlich zugestimmt. Einige Schwierigkeiten entstan-



den, die Haltung Frankreichs mit dem Geiße des Vorzuges des Präsidenten Hoover in Einklang zu bringen. Die Bejahungen des amerikanischen Volkstages in Paris, Ege, und des Staatssekretärs Mellon mit dem französischen Kabinett werden vorgezogen."

Diese Erklärung, die sich Hoover nach seinem Rundgang mit Mellon veranlaßt hat, macht die französische Regierung in unmittelbarer Weise für die Verschleppung der ersten Einigung verantwortlich. Sie wird in nachstehenden Zeilen dahin ausgesagt, daß Hoover die Bestimmung gegen die Unnachgiebigkeit Frankreichs aufzufen will. Die Hauptursache liegt in der französischen Forderung, wonach Deutschland förmlich verpflichtet werden soll, die gestundeten Beträge nach Ablauf des einjährigen Zahlungsabkommens zurückzuerstatten, während Mellon verlangt, daß die Rückzahlung über 15 oder 20 Jahre verteilt wird. Die französische Regierung ist fern davon zu bestehen, daß wenigstens Beträge eines Teils der ungeklärten Verzinsung erhält, was Washington, als in Widerspruch zu dem Geiße des Hoover-Plans liegend, scharf ablehnt.

Schwierigkeiten der Reichsbahn.
Die Kreditverhandlungen.

Berlin, 1. Juli.

Wie verlautet, sind die Verhandlungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn immer noch nicht zum Abschluß gelangt, und zwar deshalb nicht, weil die Verhandlungen über den 100-Millionen-Kredit des Stahlwerkesverbandes bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Anzeichen der zu erwartenden Bestellungen hat der Stahlwerkesverband zwar diesen Kredit zugesagt, aber das Versprechen konnte bisher nicht eingelöst werden. Die zweiten 100 Millionen sollte die Reichsbahn von der Reichsregierung erhalten. Davon entfielen 40 Millionen der bei der Reichsregierung durchgeführten Beamtengehaltskürzung, über den restierenden Teilbetrag wird noch verhandelt.

Solange nicht über diese Finanzfragen völlige Klarheit geschaffen ist, kann die Reichsbahn von sich aus an die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms nicht herangehen.

Wie aus Reichsbahnkreisen verlautet, hätte aber auch selbst diese geplante Hilfeleistung eine weitere Dröselung an Bestimmungen angeht, das steigende Defizit nicht verhindern können. Im künftigen Freitag der Reichsbahn wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß im Falle des Scheiterns des Hoover-Planes auch die Reichsbahn die Erläuterung erhält, die notwendig ist. Charakteristisch für die Lage der Reichsbahn ist, daß die Wiedereinnahmen gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Jahres 1929 1,4 Milliarden RM betragen. Nach der Auffassung der Reichsbahn müßte die Reparationssteuer in Höhe von 660 Millionen ganz der Reichsbahn zufließen, da im Gesetz bestimmt ist, daß diese Summe an das Reich für Reparationen zu zahlen ist. Da diese Zweckbestimmung jetzt im Fortfall kommen soll, so würde die Zahlung zu unterbleiben haben, und die Reichsbahn könnte fast dessen die Summe für die vorgeschriebenen Rücklagen verwenden.

Mit einer Ausweitung des Arbeitsbeschaffungsprogramms über das Reichsregierung und Reichsbahn vorzuziehene Maß dürfte auch dann nicht zu rechnen sein, wenn der Reichsbahn die 660 Millionen, was noch keineswegs sicher ist, voll zur Verfügung gestellt werden.

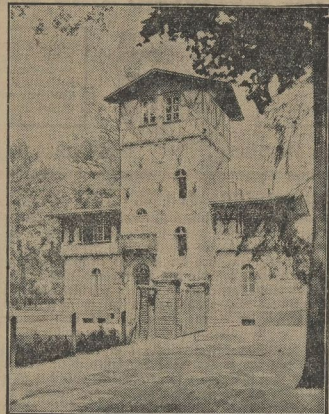
Die italienische Einladung.

Man hofft auf nähere persönliche Orientierung.

Durch den italienischen Botschafter in Berlin ist dem Reichsanwalt und dem Reichsjustizminister die Einladung des italienischen Reichspräsidenten zu einem Besuch nach Rom übermittle worden, und es ist ebenso selbstverständlich, daß diese Einladung dankbar angenommen wurde, wie es selbstverständlich war, daß der Sinn der Ausfertigung des Reichsanwalts in seiner Rundfunkrede über ein deutsch-französisches Chequers nicht dahin geübt werden konnte, als beschränkte die Reichsregierung ihren Wunsch nach persönlicher Führungnahme mit den verantwortlichen politischen Männern Europas auf bestimmte Staaten.

Ein solches Wippenland ist in italienischen Kreisen erfreulicherweise auch nicht aufgetaucht, und man darf auf der Art, wie in entscheidenden Absätzen des politischen Abtritts der letzten Wochen die italienische Regierung Stellung

genommen und ihre Zeitgedanken kundgegeben hat, die Zweifel hegen, daß eine direkte Führungnahme zwischen den Deutschen und den italienischen Staatsmännern einen guten Erfolg haben wird. Der Termin dieser Zusammenkunft ist noch nicht festgesetzt, auch noch nicht, ob sie vor der Reise nach Paris oder später stattfinden soll; Hargraves aber ist die begriffsmäßigere Bereitschaft des italienischen Ministerpräsidenten und seiner Mitarbeiter zu einer engeren Führungnahme und zu einer für beide Seiten nützlichen persönlichen Orientierung.



Haus Hubertusfisch am Werbellinsee.

das Jagdhaus des preussischen Ministerpräsidenten, wo die Konferenz zwischen Reichsanwalt Brining, Dr. Curtius und dem englischen Außenminister Henderson stattfinden soll.

Programm für die britischen Gäste.

Zum bevorstehenden Besuch der Engländer in Berlin.

Das Programm für den englischen Ministerbesuch in Berlin sieht, entgegen anderslautenden Darstellungen, noch nicht fest. Sicher ist einfallen nur, daß MacDonald und Henderson am 17. Juli in Berlin einreisen werden, Henderson bereits am Vormittag, da er von Paris aus nach Berlin reist, während MacDonald im Laufe des 17. Juli nachmittags mit dem Flugzeug aus London erwartet wird. Die erste Nacht werden die englischen Minister als Gäste der Reichsregierung im Hotel „Kaiserhof“ verbringen. Die Dispositionen für den Sonntagsabend sind noch nicht getroffen.

Mittags ursprünglich in Aussicht genommen war, an diesem Tage der Preisesset der nächsten Zeit, eine ausgedehnte Fahrt durch die Handeltreib zu unternehmen, steht gegenwärtig ein Vorhaben des preussischen Ministerpräsidenten Braun im Vordergrund, der der Reichsregierung das Jagdloos Hubertusfisch für die Ausprache mit MacDonald und Henderson zur Verfügung stellen will.

Sollte dieser Plan verwirklicht werden, so würde die Rückkehr im Laufe des 19. Juli nach Berlin erfolgen. Der vorgesehene Empfang beim Reichspräsidenten dürfte nach den vorläufigen Dispositionen am 18. Juli vor der Abreise nach Hubertusfisch stattfinden. Der Nachmittags des 19. Juli ist für einen Empfang in der englischen Botschaft vorgesehen. Am Montag, dem 20. Juli werden die englischen Gäste die Reichspalais wieder verlassen. Alle diese Dispositionen sind jedoch nur vorläufiger Natur. Sie sind einseitigen noch Gegenstand von Besprechungen zwischen den in Betracht kommenden Stellen.

Berlin und Moskau.

Die Unterzeichnung des Vertrages mit Rußland.

Amlich wird mitgeteilt:

„Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. von Driesen, und der stellvertretende Volkskommisnar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Krestinski, haben durch Un-

terzeichnung eines Protokolls den am 24. April 1926 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Vertrag sowie den dazugehörigen Notenwechsel verlängert. Gleichzeitig ist das zwischen den beiden Regierungen am 25. Januar 1929 geschlossene Schlichtungsabkommen mit der Geltungsdauer des genannten Vertrages in Einklang gebracht worden.

In dem unterzeichneten Protokoll wird der Absicht der beiden Regierungen Ausdruck verliehen, durch die Verlängerung des Vertrages die zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestehenden freundschaftlichen Beziehungen fortzujelen, die im Interesse beider Länder liegende Zusammenarbeiten weiter zu pflegen und zugleich zur Sicherung des allgemeinen Friedens beizutragen. Der Vertrag kann mit einjähriger Stillungsfrist, erstmalig am 30. Juni 1933, getündigt werden, andernfalls läuft er automatisch weiter. Das Protokoll unterliegt der Ratifikation."

Die Einheitswerte der Landwirtschaft.

Eine Verfügung des Reichsfinanzministers.

Berlin, 1. Juli.

Nachdem nunmehr die neue Fassung des Reichssteuerungsgesetzes bekanntgemacht worden ist, hat der Reichsminister der Finanzen eine Verfügung über die Feststellung der Einheitswerte landwirtschaftlicher Betriebe erlassen. In dieser Verfügung heißt es u. a.: Durch die Neuauflage soll in erster Linie eine klarere Gliederung und eine bessere Verhältnismäßigkeit der Vorschriften herbeigeführt werden. So kommt zum Beispiel nunmehr deutlicher zum Ausdruck, daß die Feststellung der Verhältnismäßigkeit der Vergleichsbetriebe der Eingliederung aller anderen Betriebe entspricht.

Man ist in dieser Beziehung, daß die Folge und die Gleichheit oder Herabsetzung des Betriebes nunmehr zur ersten Gruppe von Ertragsbedingungen rechnen, also derjenigen, hinsichtlich deren die tatsächlichen Verhältnisse des Betriebes zugrunde zu legen sind. Die Herabsetzung ist deswegen vorgezogen worden, weil gerade in diesen Punkten die Unterstellung regelmäßiger Verhältnisse, d. h. anderer als der tatsächlichen vorliegenden Verhältnisse, praktische Schwierigkeiten bereitet. Aus dem gleichen Grunde sind ferner nicht mehr wie bisher nur die allgemeinen Verhältnisse und Abziehverhältnisse des Betriebes bei der Feststellung der Verhältnismäßigkeit und Eingliederung mit ihrem tatsächlichen Zustande zugrunde zu legen, sondern nunmehr, wie sich aus der Streichung des Wortes „allgemein“ ergibt, alle mit der Verkehrs- und Abzählung zusammenhängender Ertragsbedingungen.

Was die Ab- oder Zuschläge betrifft, so gelangt durch die Neuauflage noch klarer zum Ausdruck, daß Ab- oder Zuschläge nur in Ausnahmefällen in Frage kommen. Denn für die Anbringung von Ab- oder Zuschlägen ist jetzt nicht nur wie bisher erforderlich, daß die tatsächlichen Verhältnisse des Betriebes von den unterstellten regelmäßigen wesentlich abweichen. Auch in diesen Fällen sind, wie besonders hervorgehoben ist, nach der Neuauflage vielmehr Ab- oder Zuschläge nur dann zulässig, wenn die Abweichung außerdem zu einer wesentlichen Minderung oder Steigerung der Ertragsfähigkeit führt.

Macdonald über die Abrüstung.

„Die Völker dürfen sich der Abrüstungsverpflichtung nicht entziehen.“

Der englische Premierminister Macdonald eröffnete die Ausprache im Unterhaus mit einer ausführlichen Erklärung über den Stand der europäischen Abrüstung. Die für Februar 1932 anberaumte Abrüstungskonferenz, die er werde als Grundlage für die Verhandlungen den Bericht der Vorbereitenden Abrüstungskommission benutzen und erläutern, über die von dieser geleistete Arbeit h in a u s z u gehen. Die allgemeine Umdeutung, zu welcher die Abrüstungskonferenz, wie man hoffe, gelangen werde, würde nicht eine bloße Feststellung von Grundfragen, sondern eine Erklärung von Absichten oder Methoden sein, die in etwas vollkommen Endgültiges,

das Richtigen und Neue enthalten würde, die die Frage der Abrüstung in das Gebiet feststehender und verbindlicher Satzungen tragen würden, so daß „wir nach Abschluß der Konferenz nicht fremde Gelöbnisse, sondern Joffen haben und jede Nation nachprüfen kann, ob die von anderen Nationen übernommenen Verpflichtungen auch wirklich erfüllt werden.“

Macdonald äuferte dann im einzelnen die B e -

er hatte sie, da sie die Zeit über nichts von sich hatte hören lassen, total vergessen. Was würde sie aber nun unternehmen?

Eine Ahnung heraufziehenden Unheils überfiel ihn und ließ ihn den Entschluß fassen, noch heute die Sache mit ihr klarzulagen. Er wollte ihr schreiben, und damit war es hoffentlich für ihn erledigt. Nur einer persönlichen Begegnung durfte er sich nicht ausweichen, und das ist leicht möglich war, daß sie zu ihm kam, um Neugierhaft von ihm zu fordern, so lehrte er erst spät absends heim.

Fräulein Amalie schickte ihm; er sah sie nicht mehr. Ehe er sich zur Ruhe begab, schrieb er den Brief, der ihm in den Fingern brannte.

„Wie Du heute im Tiergarten recht gesehen hast, habe ich mich verlobt. Du bist immer hingewandert und wirst längst eingesehen haben, daß eine Ehe zwischen uns ein Ding der Unmöglichkeit war und daß unsere Beziehungen zueinander doch einmal ein Ende nehmen mußten. Daher wird Dich diese Nachricht nicht mehr überrraschen. Wie ich hoffe und glaube, wirst Du bald ein anderes Glück finden und mich darum vergessen. G. W.“

So, das wäre! Ein bißchen kalt und förmlich, aber besser das Uebel mit der Wurzel ausrotten, als es hinziehen, wenn der Schmerz auch anfangs großer sein wird. Schade nur, daß er es nicht schon vor sechs Wochen getan hätte.

Heute hatte er es so eilig, daß er noch in der Nacht an den Briefkasten lief.

Danach begab er sich, sichtlich erleichtert, zu Bett. Am nächsten Morgen fragte er Fräulein Amalie ganz beiläufig ob gestern jemand dagewesen wäre.

Fräulein Amalie sah ihn unter halb geschlossenen Lidern leuernd und starrend an. „Wie doch durch, Ahnung — so stimmte alles. Es war demnach besser, zu leugnen.“

„Nein, es wäre niemand dagewesen.“ erwiderte sie freundlich, „ob der Herr Baumeister jemanden erwartet habe?“

„Nein.“

(Fortsetzung folgt.)



9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Das war ein Kapitalkreiß, get?“ lachte er. „Aber nun schnell vornwärts, daß wir die Charlottenburger Chauffee erreichen.“

„Warum denn nur so eilig?“ fragte sie verwundert. „Weißt wir uns arg verpäpelt haben. Wir wollen ein Auto nach Hause nehmen.“

„Aber wir wollten doch zu Thea.“

„Das müßten wir heute lassen.“

„Wie schade, Guido.“

„Wir holen ein andermal das Bekämte nach, mein Liebling — Ich, da ist die Charlottenburger Chauffee schon — halt — Auto!“

In bemessenen Augenblicke, als sie in die Chauffee einlogen, war aus einem Nebenwege eine Dame getreten. Sie schien sich dem Paare nähern zu wollen, da hielt der angeführte Wagen. Guido half seiner Braut einsteigen, sprach sofort nach und befehlt dem Chauffeur, schnell zurückzufahren.

„Ja warte einen Miß hinaus.“

„Du, Guido, was das nicht dieselbe Dame, die wir noch am früh einmal trafen?“

„Welche denn?“

„Sie kam auf unser Auto zu, gerade in dem Augenblick, als du einsteigst, und schaute mich an und hielt uns nach.“

„Ach habe keine Dame bemerkt — auch noch nicht.“

„Was flimmern mich alle Damen der Welt außer meiner Ja!“

„Er drückte ihre Hand zärtlich und suchte sich ihrem Blick zu entziehen, indem er sich tief herabbeugte und ihre Hand küßte. Dadurch stieg ihm das Blut ins Gesicht.“

„Aber, Guido, was sollen die Menschen von uns denken!“

„Er richtete sich auf. Seine Geste war ruhiger. Und er sah er an, zu plaudern, zu lesen, ihr Stolpern über-

die Baumwurzel sowie den ganzen Weg über den Pfaden als ein kleines, lustiges Abenteuer hinzustellen. Sie lachten beide vergnügt und bedauerten, daß die Fahrt nur so kurze Zeit währte.

Frau Renatus war föhlich verwundert, als das Brautpaar ihr eingehend, daß es Thea keinen Besuch hatte machen können, weil es sich unterwegs so sehr verplaudert hatte. Sie lachte, aber erhob überhöft drohend den Finger.

„Bräutigam bist heute nicht bei deiner Braut; er habe sich mit Kollegen verabredet, sagte er, als man ihn bat, zum Abendbrot zu bleiben.“

„In Wahrheit aber trübte es ihn fort aus dem Bannkreis der klaren Augen Ja.“

Ihre arglose, vertrauende Seele ahnte nichts von dem, was in seinem Innern vorging, und dennoch meinte er, sie würde es ihm allmächtig von der Stirn ablesen können, und er zitterte davor, in ihrer Achtung zu sinken. Es war ein so wunderbar schönes Gefühl, sich von der Geliebten auf ein Bißel abgehoben zu sehen, als Mäuer von Tugend zu stellen. Und diesen Glauben ihr nehmen — mit eigener Hand zerbrechen? Nein, das ging über seine Kraft. Aber auch noch anderer Seite drachte seinen Blick gefaßt. Den Vorabend, den er geschickt in Ja zu zerlösen gelangt, wenn er überhaupt schon in ihre Seele gefallen war, konnte eine andere herausföschören. Was wird das ezzenzrißige Mädchen, das ihnen heute beinahe in die Arme gelaufen war, unternehmen? Ihr Schatz — er hatte ihn deutlich gehört — hentes ihm, daß sie ihn erkannt hatte. Glücklicherweise hatte er sie schon in der Ferne erkannt und seine Braut noch, wenn auch auf absonderliche Weise, vor einer Begegnung bewahren können. Diese Begegnung aber konnte sich wiederholen, und er mußte sie verhindern. Warum hatte er Maria Wendt damals nicht gleich die Wahrheit geschrieben? Warum hatte er sie feige auf Wochen hinausgeschoben?

Das Mädchen hatte an seine Ausrufe augenscheinlich geglaubt und bis zur Stunde nichts von seiner Verlobung gewußt. Für erschütterter Nutzen bewies ihm das. Und

er hatte sie, da sie die Zeit über nichts von sich hatte hören lassen, total vergessen. Was würde sie aber nun unternehmen?

Eine Ahnung heraufziehenden Unheils überfiel ihn und ließ ihn den Entschluß fassen, noch heute die Sache mit ihr klarzulagen. Er wollte ihr schreiben, und damit war es hoffentlich für ihn erledigt. Nur einer persönlichen Begegnung durfte er sich nicht ausweichen, und das ist leicht möglich war, daß sie zu ihm kam, um Neugierhaft von ihm zu fordern, so lehrte er erst spät absends heim.

Fräulein Amalie schickte ihm; er sah sie nicht mehr. Ehe er sich zur Ruhe begab, schrieb er den Brief, der ihm in den Fingern brannte.

„Wie Du heute im Tiergarten recht gesehen hast, habe ich mich verlobt. Du bist immer hingewandert und wirst längst eingesehen haben, daß eine Ehe zwischen uns ein Ding der Unmöglichkeit war und daß unsere Beziehungen zueinander doch einmal ein Ende nehmen mußten. Daher wird Dich diese Nachricht nicht mehr überrraschen. Wie ich hoffe und glaube, wirst Du bald ein anderes Glück finden und mich darum vergessen. G. W.“

So, das wäre! Ein bißchen kalt und förmlich, aber besser das Uebel mit der Wurzel ausrotten, als es hinziehen, wenn der Schmerz auch anfangs großer sein wird. Schade nur, daß er es nicht schon vor sechs Wochen getan hätte.

Heute hatte er es so eilig, daß er noch in der Nacht an den Briefkasten lief.

Danach begab er sich, sichtlich erleichtert, zu Bett. Am nächsten Morgen fragte er Fräulein Amalie ganz beiläufig ob gestern jemand dagewesen wäre.

Fräulein Amalie sah ihn unter halb geschlossenen Lidern leuernd und starrend an. „Wie doch durch, Ahnung — so stimmte alles. Es war demnach besser, zu leugnen.“

„Nein, es wäre niemand dagewesen.“ erwiderte sie freundlich, „ob der Herr Baumeister jemanden erwartet habe?“

„Nein.“

(Fortsetzung folgt.)

pflüchtungen des Artikels 8 der Völkerverträge, des Teiles 5 des Verfalltes Vertrages, die Antwort der alliierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen und schließlich das Schlussprotokoll der Locarno-Konferenz. Der Premierminister betonte dabei: „Selbst wenn wir verlustig, um diesen Verpflichtungen zu entziehen, könnten wir es nicht. Sie sind endgültig festgelegt.“

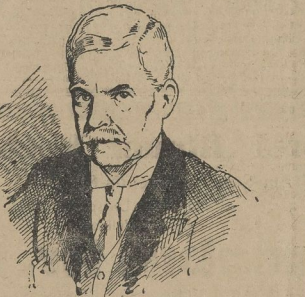
An seiner Erklärung führte MacDonald weiter aus: Großbritannien habe, was Abrüstung anbelange, ein Beispiel gegeben. „Wir sind“, so fuhr er fort, „ziemlich nahe bei der Grenze angetreten. Unsere Nation allein kann die Abrüstung nicht herbeiführen, und es ist die Pflicht aller Nationen zusammenzukommen, um dem Krieg von Grund auf ein Ende zu machen. Der Londoner Vertrag übt einen befriedigenden Einfluss aus, ebenso der kirchliche Besuch von Brüning und Curtius, sowie mein und Hendersons Gegenbesuch. Vor allem ist die Erklärung von Paris, daß deutsche und französische Minister zusammenkommen werden, das, was diejenigen erhellen, die um den Frieden bemüht sind. Diese Erklärung erfreut das Herz.“

Botschafter a. D. Dr. Schamer 1.

Hamburg, 1. Juli.

Der frühere deutsche Botschafter in London, Dr. Schamer, ist einem Herzschlag erlegen.

Friedrich Schamer wurde am 24. November 1856 in Groß-Weeden im Oubergischen geboren. Nach volendetem Studium war er Rechtsanwalt in Hamburg. Am 13. Juni 1904 wurde er Senator. Am 22. Dezember 1919 wurde er zum ersten Bürgermeister gewählt, aber bereits im Januar 1920 zum Geschäftsträger und später zum deutschen Botschafter in London ernannt. Diesen Posten bekleidete er bis Oktober 1930. Seitdem lebte er wieder in Hamburg.



In dem amtlichen Bericht über das Hinscheiden des früheren deutschen Botschafters in London, Dr. Schamer, heißt es u. a.: Dr. Schamer hat durch seine gemeinnützige Persönlichkeit, sein klares Urteil und seine hervorragenden Charaktereigenschaften, die jedem, die ihn kannten, Achtung gebieten mußten, in den zehn Jahren, während deren ihm die Vertretung der deutschen Interessen an einem der wichtigsten Posten des auswärtigen Dienstes anvertraut war, seinem Vaterlande unerschütterliches Vertranen und die Beziehungen zwischen Deutschland und England wieder vertrauensvoll fundiert, so ist das ohne Zweifel zu einem großen Teile Dr. Schamer zu verdanken, dem unter den Männern, die nach dem Krieg für Deutschland gearbeitet haben, einer der ehrenvollsten Plätze gebührt. Die Reichsregierung, das Auswärtige Amt und das ganze deutsche Volk werden ihm stets ein dankbares Andenken bewahren.

Der evangelische Kirchenvertrag.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden.

Im preussischen Staatsministerium sind die Ratifikationsurkunden zu dem Vertrage Preußens mit den evangelischen Landeskirchen zwischen dem Bischof D. Friedrich Winder und dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun ausgetauscht worden. An dem Austausch nahmen die preussischen Staatsminister Dr. Hirtfelder, Dr. Selger, Dr. Höpfer-Wilhoff, Dr. Schreier und Grimme sowie die gesetzlichen Vertreter der evangelischen Landeskirchen teil.

Ministerpräsident Braun sagte in einer kurzen Ansprache u. a.: Ich habe Sie namens der Staatsregierung hierher gebeten, um durch Austausch der Ratifikationsurkunden den Vertrag in Kraft zu setzen. Bei dieser Gelegenheit ist es mit ausreichendem Bedirfnis, allen Herren, die an dem Zustandekommen des Vertrages mitgewirkt haben, den Herren Vertretern ebenso wie dem Herrn Staatsminister, dem Herrn Finanzminister mit ihren Sachbearbeitern, den herzlichsten Dank der Staatsregierung auszusprechen.

Der Vertrag eröffnet eine neue Ära in der Geschichte der evangelischen Kirchen Preußens und in ihrem Verhältnis zum Staat. In dem Vertrag ist es gelungen, in dem Rahmen der einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung die berechtigten Interessen des Staates wie der Kirche unter gegenseitiger verständnisvoller Würdigung ihrer Aufgaben im Staatsleben zu einem gerechten Ausgleich zu bringen.

Er regelt das Verhältnis des Staates zur Kirche und umgekehrt im Geiste eines verticzenvollen freiblichen Zusammenwirkens zum beiderseitigen Wohle.

Präsident D. Brüning er antwortete für sämtliche beteiligten Kirchen: „Dem von Ihnen ausgesprochenen Dank schließen wir kirchlichen Vertreter uns gern an. Er gilt insbesondere dem kleinen Kreis staatlicher und kirchlicher Beauftragter, die zunächst den Umfang der zu behandelnden Fragen festgelegt und dann in mühsamer Arbeit die Unterlage geschaffen haben, auf der die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und den acht Kirchenleitungen geführt wurden. Ich bin überzeugt, daß bei den evangelischen Kirchen, nachdem ihre äußere Rechtsstellung fester begründet und für ihre dem tiefsten Wesen der Kirche entsprechenden Arbeit die Bahn freier gemacht worden ist, ein neues Verantwortungsbewußtsein auch in Zukunft immer maßgebend sein wird.“

Es wird dem Verhältnis zwischen Staat und evangelischer Kirche zugute kommen, für das nunmehr eine vertragsmäßige Grundlage besteht, und besonders auch den unruhigen Verhältnisse bekämpfenden Fragen, die ohne eine Zusammenarbeit beider nicht gelöst werden können.



Stein ehrt den Freiherren vom Stein

Kranzniederlegung der Behörden am Denkmal des Freiherren vom Stein anläßlich seines 100. Todestages.

Stein-Feier auf Schloß Nassau.

Nassau, 30. Juni.

Auf Schloß Nassau, der Geburtsstätte des Freiherren vom Stein, fand eine große Gedächtnisfeier für Stein statt. Für die preussische Staatsregierung nahm Minister Seevering und in Vertretung des Reichsinnenministeriums Reichsministerialdirektor Dr. Wenzel an der Veranstaltung teil.

Minister Seevering

führte u. a. aus: „Die Beteiligung der preussischen Staatsregierung auch an die Feier rechtsgültig sich aus der Pflicht, nicht nur in Großstädten an solchen Feiern teilzunehmen, sondern das Interesse der Regierung auch in kleinen Städten zu bekunden. Unvergänglich sei das Andenken an Männer, die wie Stein das Verdienst haben, in alle Volkschichten das Bewußtsein gebracht zu haben, daß der Wohlstand des einzelnen mit dem des Staates fest verbunden sei. Wir sehen in Stein den Garantien für die Zukunft. Der Minister schloß mit einem Aufruf zum Optimismus. Der Präsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts,

Staatsminister a. D. Dr. Drenos.

entwarf ein Charakter- und Lebensbild Steins. Er zeigte, wie noch heute das Fundament für den Aufbau unseres Staates seine Ideen bilden. Mit dem Deutscheslied schloß die Feier. Am Nachmittag folgte eine Kranzniederlegung am Grab Steins auf der Höhe von Frants, wobei der evangelische Landesbischof D. Korbueuer die Ansprache hielt.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Nürnberg, den 1. Juli 1931

Verlängerung der Vermögenssteuererklärungsfrist. Der Reichsfinanzminister hat Anweisung gegeben, daß die Steuerpflichtigen, die ihre Vermögenssteuererklärung bis 20. Juli 1931 abgeben, davon keine Nachteile haben. Praktisch ist damit die am 30. Juni 1931 ablaufende Erklärungsfrist bis 20. Juli 1931 verlängert.

Deutsche reist in Deutschland! Wer trotz der schweren Wirtschaftslage noch in der glücklichen Lage ist, zu reisen, möge bei der Wahl seines Reiseziels ein bedenken: Wohin er auch, es sei zu seinem Vergnügen oder zu seiner Erholung, reisen mag, das Geld, das er auf seiner Reise ausgibt, verfließt an andere Arbeit und Verdienst. Warum soll er in einer Zeit, in der in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen immer noch über vier Millionen beträgt, nicht lieber seine Landsleute verdienen lassen, als das Ausland? Deutsche Kurorte und Bäder leiden Not, während viel zu viele Deutsche noch ins Ausland reisen. Man hat berechnet, daß allein durch die überflüssigen Auslandsreisen ungefähr 100 000 deutschen Arbeitnehmern Arbeit und Verdienst entzogen wird.

Barm, Deutsche reist in Deutschland! Die Ehefrau Anna Strick aus Trebitz. Sie war beim Hausarbeiten beschäftigt und ist, wahrscheinlich durch einen Schritt, vom Haus weggeführt. Mit einem Bruch des linken Armes und einem solchen des rechten Beines wurde sie durch das Wittenberger Sanitätsauto ins Paul-Gerhardt-Stift in Wittenberg eingeliefert.

Schlesien. Beim Deuholen stürzte die Ehefrau des Landwirts Hermann Müller infolge Reifens der Rette in unglücklich aus der Schopfzelle, daß ihr die Wagenräder über die Brust gingen, wobei sie ansehend eine bedenkliche Lungenentzündung davontrug. Die Verunglückte mußte einem Delauroer Krankenhaus zugewiesen werden.

Gräfenhainichen, 27. Juni. Gestern früh gegen 7 Uhr wurde der 17jährige Schloßförstler Otto Krosche aus Zschornowitz, der sich auf dem Weg nach seiner Arbeitsstelle in Gräfenhainichen begeben wollte, von einem Lastkraftwagen überfahren. Er soll mit seinem Fahrrad vorschriftsmäßig rechts gefahren sein. Als hinter ihm der Lastwagen kam, soll er sich umgedreht und bemerkt haben, daß derselbe ihn überholen wollte. Um beim Ueberholen ein etwaiges Geräuschen durch den Stoßhül zu vermeiden, streckte er seine Hand aus und stieß sich an dem Lastwagen an. Hierbei stürzte er vom Rade. Der Anhänger ging ihm über beide Beine hinweg. Ohne sich um den Verletzungswerten zu kümmern, fuhr der Fahrer des Wagens weiter, bis sich Straßensperren des Verunglückten erblickten. Der Arzt legte Notverbande an. Wahrscheinlich wird ein Bein amputiert werden müssen. Der Verletzte wurde nach dem Allgemeinen Krankenhaus in Wittfeld befördert.

Niemeg, 29. Juni. Ein kostspieliges Erlebnis hatte ein Hinterleber Einwohner, der sich mit gepickter Briefstafche vor ein Glas Bier setzte, aus dem mit der Zeit mehrere wurden. Der Einwohner S. aus Niemeg half

mit, das Geld „flüssig zu machen“. Bei irgendeiner Gelegenheit nahm er dem Hinterleber dabei die Geldtafel mit etwa 130 RM. weg, ohne daß dieser es bemerkte. Die Tafel wurde er fort, mit dem Geld ging er auf eine Bierstube. Am Morgen erfolgte jedoch die Entdeckung in Gestalt des Landjägers, der den Dieb aus dem Bett heraus verhaftete. 80 RM. konnten dem Verhafteten noch gerettet werden.

Roderode. (Ein Eibschiff in Brand!) In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr bemerkte der Nachtwächter der Baustelle am Kurzen Wurf einen Brand auf einem Eibschiff, der über Nacht zur Ruhe lag. Der Nachtwächter benachrichtigte den Schiffer, der seine Familie und sich in letzter Minute noch retten konnte. Die Ladung des Rahmes, die aus Brettern bestand, war durch Selbstentzündung in Brand geraten. Der Kahn kammt aus Niesla. Die Delauroer Berufsfeuerwehr wurde zur Bekämpfung des Brandes herbeigerufen.

Gefängnis für einen Bürgermeister.

Düben (Mulde). Der Bürgermeister der Stadt Düben hatte am 20. August vor. Jahres bei einem Leipziger Juwelier einen Brillantring im Werte von 1100 Mark gekauft, ohne jemals die Ablicht zur Bezahlung zu haben. In der Verhandlung vor dem Torgauer Schöffengericht stellte sich heraus, daß der Bürgermeister überaus verschuldet und sein Geschäft schonmal sprangverkrüdet war. Daher wurde ihm das Gericht zu einem Monat Gefängnis, gewährte ihm aber drei Jahre Strafausschlag und stellte Erloß der Strafe in Aussicht, falls der Bürgermeister 100 Mark in Raten an die Gerichtskasse zahle.

Verkehrsunfall als Mißfall zum Fried.

Ansbach (Kr. Torgau). Anflage wegen M. o. r. d. s. — Im Mai d. J. wurde, wie f. J. gemeldet, auf der Ansbach-Kaunbacher Landstraße ein Kindermagen von einem Motorradfahrer angefahren, wobei das im Wagen befindliche Kind so schwer verletzt wurde, daß es bald darauf verstarb. Gegen den Vater des Kindes, der sich mit seiner Familie auf Wandererschaft befand, wurde die Voruntersuchung wegen Mordes eingeleitet, da er unter dem Verdacht stand, den Wagen in der Abicht auf die falsche Straßenseite gehoben zu haben, um einen Unglücksfall herbeizuführen und sich so des Kindes zu entledigen. Gegen ihn ist nunmehr die Anflage erhoben worden. Mischzeitig wird er sich wegen gefährlicher Körperverletzung des Motorradfahrers zu verantworten haben.

Kaltwerke Alfersleben legen still.

Alfersleben. Infolge der Weltlähre auf dem Kaltmarkt sehen sich die Kaltwerke Alfersleben gezwungen, ab 1. August ihren Betrieb vorübergehend still zu legen. Von 500 Arbeiter kommen dann zur Entlassung. Das Werk Alfersleben (nur dieses wird stillgelegt) produzierte ausschließlich Phosphate, für die die Absatzmarkt besonders ungünstig ist. Irigend eine Prognose für die zukünftige Entwicklung ist infolge der Unübersichtlichkeit der Wirtschaftslage zur Zeit nicht möglich.

Der lästige Gemeindevorstand. — Mehrere Personen verhaftet.

Calbe a. d. Müde. In Alfersleben ereignete sich am Sonnabend ein schweres Unglück. Bei Arbeiten an dem Gemeindevorstand rutschten Sandmassen nach und begruben zwei in neun Meter Tiefe arbeitende Brunnenbauer unter sich. Dem einen der Brunnenbauer, Max Hechtel, gelang es, sich zeitweilig mit dem Kopf frei zu machen und wurde von anderen, der 50jährige Friedrich B., Vater von sieben Kindern, vollständig begraben blieb. Zwei Einwohner aus Alfersleben ließen sich in die Tiefe hinab und verühten die Verhafteten zu retten. Dabei wurden weitere Sandmassen nach und begraben lie unter sich. Da sie angelegt waren, konnten sie nach längeren Bemühungen wieder nach oben befördert werden. Sie waren ohnmächtig, erholten sich aber bald wieder. Später unternahm der Sohn des Schmiedemeisters Vogt noch einen Rettungsversuch, aber auch er wurde verhaftet und mußte wieder nach oben gezogen werden. Answärts war ein Brunnenbauer aus Salzwedel eingetroffen, der die Rettungsarbeiten leitete. Nach 14stündiger Arbeit, bei der auch die Leichname teilweise aus Gräben und Stendal und die Feuerretter von Stendal und Alfersleben mitwirkten, wurde schließlich aus seiner unglücklichen Lage befreit und nach dem Johanniterkrankenhaus in Stendal abgeführt. Der Verhaftete Friedrichs konnte nicht geborgen werden. Die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft ist eingeleitet.

Die Kirche wurde „überjehen“.

Halberstadt. Die Kirchengemeinde St. Andreas erhält durch die Stadtoverwaltung aus der Enderischen Stiftung die Hälfte ihrer Einnahmen aus Akterpost und Jagd. Anfolge eines Verlebens wurden die Gelder nach dem Jahre 1925 nicht mehr abgeführt. Erst nach sechs Jahren fiel der Kirchenverwaltung das Ausbleiben der Stiftungszahlungen auf. Sie hat nun den Ausschüssen um Nachzahlung ersucht. Dieser wird ab 1930 die Zahlungen aus dem ordentlichen Haushaltsplan wieder leisten und die Rückstände (jährlich etwa 300 Mark) nachzahlen.

Schloßvereinfach am Schützenfest.

Schneebed. Am Vorabend des Schützenfestes wurde dem Jäger- und Schützenverein ein häßlicher Streich gespielt. Bis her unbekannt Täter erbrachten nach den Wunden der Scheibenhände im Wuch, brachten dort hin und jündeten es an. Durch die Brandstiftung wurden sämtliche Scheiben und Geräte des Schützenvereins sowie die Einrichtung und die elektrische Fernmeldeanlage vernichtet. Auch die Scheiben der Schuppe, die hier ihre Schießständen abteilt, sind mitverbrannt. Trotz des Mißgeschicks, das den Verein betroffen hatte, wurde das Schützenfest mit präsozialischer Einrichtung durchgeführt. Schützen d. n. g. wurde Malermeister Schwartze mit 49 Ringen.

Dor dem Vergleich beim A. R. V. Halle.

Halle. In den Vergleichsverhandlungen des A. R. V. Halle wurde Dienstag vormittag um 11.10 Uhr das Vergleichsergebnis verkündet. Nach dem Geleß mußte in jeder einzelnen Gruppe getrennt abgeklärt werden. Für die Durchführung des Vergleichs mußten, wenn er angenommen werden sollte, je 50 Prozent der Kopfzahl und 80 Prozent der Forderungswerten. Tatsächlich wurden diese Zahlen bei der Abklärung erheblich überschritten. Der Vergleichsorschlag ist damit mit einer sehr starken Minderheit angenommen und der Bestand des A. R. V. damit gesichert.

Der Staatskommissar betrieht.

Merseburg. Der Kreisrat hat heute einleitend die Grundstücksüberprüfer, die Hundebauer und die Schanzsteuer abgeleitet. Rummer hat der Staatskommissar die drei Steuern von sich aus festgelegt.

Selbstmordversuch zweier Jugendlicher.

Wurzen. An den Wüßhücher Teichen wurde am Freitag ein Webespärdchen mit Schnittwunden aufgefunden. Die jungen Leute, ein 20jähriger Schneider und eine 15jährige Schülerin aus Leipzig, hatten in gegenseitigem Einverständnis versucht, sich die Pulsadern zu durchschneiden. Beide wurden ins Wurzenener Krankenhaus eingeliefert. Die Verletzungen des Mannes sind schwer, doch besteht keine unmittelbare Lebensgefahr. Das Mädchen ist bereits wieder entlassen worden. Als Grund zur Tat wird **L i e b e s k u m m e r** angegeben.

Aus Versehen den Bruder erschossen.

Borna. In Eischfeld hatten sich die Brüder Gerhard und Rudolf Schade mit einer Schusswaffe zu schaffen gemacht, die geladen war. Flüchtig löste sich ein Schuß und traf Rudolf Schade in den Bein. Auf dem Transport nach dem Bornauer Krankenhaus erlag der Anfang der Vier Jahre festende junge Mann seinen schweren Verletzungen.

Neues aus aller Welt.

Falschmünzgerbande verhaftet. Die Falschgeldstelle der Kriminalpolizei in Berlin hat eine aus sechs Personen bestehende Falschmünzgerbande, die seit längerer Zeit falsche Fehnmarktscheine in Berlin und Umgebung vertrieben hat, festgenommen. Der technische Hersteller, der 27 Jahre alte Lehnitzer Ernst Schröder, konnte im Friedrichshagen gefasst werden. Dieser hatte die Druckstoffe für das Falschgeld in einer Wohnlaube in Mahlsdorf entworfen. Schröder war schon 1924 wegen Fälschung von Stadtfaltenscheinen und logenamtlichen Freudenböllern zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Frankfurter Börsenvertreter flüchtig. Bei dem Bankhaus Gontard u. Co. in Frankfurt a. M. ist ein Börsenvertreter flüchtig geworden, nachdem er Unterschlagungen begangen hat, die man vorläufig mit etwa 20 000 M. an gibt.

200 Schafe in den Abgrund getrieben. Die Schafherde der Ortsgemeinde Waiensfeld in Graubünden wurde von einem wildernden Hund über einen steilen Abhang getrieben. 200 Tiere sind dadurch jerschlachtet worden.

Kommunisten erschließen einen Beamten.

— Berlin, 1. Juli.

Bei einem Zusammenstoß der Polizei mit demonstrierenden Kommunisten wurde in Berlin der 30jährige Polizeioberwachmeister Rühfeld, der Führer eines Ueberfallkommandos, erschossen. Oberwachmeister Rühfeld hatte den Auftrag, eine Ansammlung von etwa 800 Kommunisten, die von der Frankfurter Allee in das Stöcklinere marschieren wollten, zu zerstreuen. Als die Beamten erschienen, wurden sie von den Kommunisten mit Steinwürfen und etwa 40 Schüssen empfangen. Eine der ersten Angelt traf den Führer des Kommandos, der kurze Zeit danach ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstarb. Oberwachmeister Rühfeld hatte einen schweren Bauchschuß erlitten. Die kommunistische Ansammlung wurde auseinandergetrieben. 17 Personen wurden verhaftet.

Die Guthabenliste der Kriegsgefangenen.

Auf der Suche nach Guthaben-Berechtigten. Die Auszahlungen der Restguthaben aus englischer, französischer und belgischer Kriegsgefangenschaft an die deutschen Heimkehrer ist vielfach auf die besondere Schwierigkeit gestoßen, daß man die Anschriften der Empfangsberechtigten nicht mehr ermitteln konnte, weil diese sich seit der Heimkehr der Betreffenden in den vergangenen 10, 11 oder gar 12 Jahren oftmals geändert haben. Nunmehr beginnt die „Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehem. Kriegsgefangener Deutschlands e. V.“ im Laufe des Monats Juni damit, listenmäßig zunächst die noch zu klärenden Frankreich-Guthaben-Restfälle zu veröffentlichen, welche ihr von der auszahlenden Behörde zur Verfügung gestellt werden. Die Veröffentlichung der England-Guthaben-Restfälle wird ebenfalls vorbereitet. Wie wichtig es ist, daß hier alle Guthaben-Berechtigten gefunden werden, erhellt aus der Tatsache, daß gegen 150 000 RM. als Rest verblieben sind, die von England nur angewiesen werden, wenn die Empfangsberechtigten nachgewiesen werden können. Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft in Bremen,

Leipziger Schlachtovermarkt vom 29. Juni.

Gefäße	heute		vorher	
	Ställe	Beide	Ställe	Beide
Schäfen	1	47-48	—	—
	2	40-46	—	—
	3	—	—	—
	4	—	—	—
	5	—	—	—
Rinder	1	41-44	39-41	—
	2	36-40	36-38	—
	3	32-35	—	—
	4	36-40	34-37	—
Schweine	1	32-35	30-33	—
	2	27-31	27-29	—
	3	—	24-26	—
Hühner	1	42-47	—	—
	2	35-41	—	—

Warenmärkte.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Mehlwaren der Weizen Markt, 270-272 (am 29. 6.: 272-274). Roggen Markt, 219-215 (213-215). Branntgerate — (—). Rutter- und Indutriegetriebe 180-195 (182-193). Dater Markt, 166-170 (167-171). Mais loco Berlin — (—). Weizenmehl 31,75-37,10 (32-37,25). Roggenmehl 28,50-31 (28,75-31). Weizenkleie 13-13,25 (13 bis 13,25). Roggenkleie 13,75-15 (13,75-15). Staps — (—). Weizenlaas — (—). Bittornerbrenn 26-31 (26-31). Kleine Speiseerbsen — (—). Ruttererbsen 19-21 (19-21). Weizenkörner 26-30 (26-30). Ackerbohnen 19-21 (19-21). Bohnen 24-30 (24-30). Zwirnblau 16-17,50 (16-17,50), gelbe 29-27 (29-27). Gerstendeffa neue — (—). Wapstuden 9,30-9,80 (9,30 bis 9,80). Weizenflocken 13,20-13,40 (13,10-13,30). Erbsenkleie 7,60-7,70 (7,60-7,70). Schlafrot 12,40 bis 13,30 (12,40-13,30). Kartoffelrüben — (—).

Verteigere öffentlich **Sonntag 2 Uhr Grubelsmühle** bei Rotta 1 Büfett, 1 Uhrdicke, 1 Weidenschrank, 1 Vertikow, 2 weiße Reformbetten mit Matratzen, Teppiche, 1 eisernen Ofen, große Bilder, elektrische Lampen, 1 Sofa, mehrere große Garderobe-Spiegel mit Marmor, 1 Schauffelstuhl mit Polster, neuen großen Hand-Zauewagen usw., alles wie neu
R. Lehmann, öffentlicher Verteigere

Die beliebte Sommerkleidung für Schule, Beruf und Wochenend:
Gestickte Nessel-Kleider Schürzen u. Spielanzüge
Alle gangbaren Größen u. Farben, vorgezeichnet, angefangen, fertig genäht und fertig gestickt, sowie **sämtliche Stickerei-Materialien** preiswert erhältlich bei
Richard Arnold, Kemberg, Markt

Achtung! Hausfrauen von Donnerstag früh
Blumentohl
Niesen-Salatgurken groß und billig
Neue saure Gurken 5, 6 und 8 Stück zu 50 Pfennig
Tomaten, 3 Pfund 1 M.
Herz- und Perukirschen
Bananen, billig
Neue Kartoffeln
Matjesheringe 4 und 5 Stück 50 Pfennig
Alles andere ganz billig.
Gustav Bernhardt, Eilenburg

Mastgänse Mastenten junge Hähnchen empfiehlt **Arthur Thamm Bergwig** Fernsprecher Kemberg 289
Schwarze und rote Johannisbeeren sowie **Simbeeren** verkauft **Strenglich, Anhalterstr. 32**

Sandformen Sandspiele Sandlötel und -Schippen Gießkannen Eimer
Schwimmere Boote Gummibälle Reifen Springleinen Peitschen Spazierstöcke u. a. m.
erhältlich bei **Richard Arnold, Markt 3**

Hühner- und Enten-Küken verkauft **A. Mattheß, Wittenbergerstraße 49**
Sonnenglanz-Politur zum Auffrischen alter sowie neuer Möbelstücke. Zu haben bei Tischlernstr. **Hermann Ludley** Vertreter für Kemberg und Umgeb.
Eine große Stube mit Kochgelegenheit zu vermieten **Schmiebeberger Str. 22**

Morgen Donnerstag früh 7 Uhr Speckfuchen
Bäckerei Mattheß
Jeden Mittwoch **Schlachte - Fest**
Gehacktes u. frisch Wurf ab 5 Uhr zum äußersten Tagespreis **Arthur Meinel** Wittenberger Str. 2
Früh eingetroffen **Kieler Felhbücklinge Matjes-Heringe Neue Kartoffeln Neue saure Gurken**
Richard Tempelhof

Unterwohnung zu vermieten **Wittenberger Str. 37**
M. - T. - V. Freitag, abends 9 1/2 Uhr im Katseller **Zurnratsitzung** Der Vorstand. Sonnabend von 7 Uhr ab **Übungsschwimmen** Der Schwimmwart
Fußball-Abteilung Freitag, den 3. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr in der Weintraube
Spieler-Sitzung

Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Spieler Pflicht
Der Abteilungsleiter
Radf. - Verein Germania Morgen Donnerstag, abend 1/2 9 Uhr im Schützenhaus
Bersammlung Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand**

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten Sonnabend, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr
Bersammlung Pünktliches Erscheinen erwünscht **Der Ortsgruppenführer**

Hotel „Blauer Hecht“
Am Sonntag abends 8 1/2 Uhr
2 der größten und besten Lustspielgroßfilme.
I. Ein Ur-Berliner Volksstück
Autobus Nr. 2
Die besten deutschen Filmschauspieler Fritz Kampers, Georg Alexander und Lee Parry spielen die Hauptrollen in dieser aufregenden Autofahrt durch die Straßen Berlins.
II. Der gewaltige Millionen-Film der Terra
Lunapark
Dieser herrliche Großfilm spielt in Coney-Island am Strande des Ozeans, des größten Vergnügungsparks der Welt.

Zum 10jährigen Bestehen des Vereins veranstaltet der hiesige **Reisportverein** am 5. Juli einen **Geländeritt**
mit abends 8 Uhr anschließendem **großen Festball** im **Schützenhaus - Saale** wozu ein jeder willkommen ist. Der Vorstand.

Achtung
Am Donnerstag, den 2. Juli, abends 1/2 9 Uhr findet in der Weintraube eine **Erwerbslosen-Bersammlung** statt, wozu alle Bürger nebst Frauen, Magistrat und Stadtverordnete sowie Betriebsarbeiter eingeladen sind. Erwerbslose, keiner darf fehlen. Thema: Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Stellungnahme der Behörden dazu **Der Ausschub**

Für die anlässlich unserer Vermählung so zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen herzlichsten Dank
Karl Bittig u. Frau Charlotte geb. Heylmann.
Kemberg, im Juni 1931.

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Auktions-Verkaufblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfolgt jeder Anruf auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklamezeitung 40 Pfg., Ausnahmestunden 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung unbedingt geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegeben. Anzeigen sind keinerlei Garantie übernommen. / Beilagenpreis: 10 M. das Stück, zusätzlich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 77

Donnerstag, den 2. Juli 1931

33. Jahrg.

Gefunden:

1 brauner Handkoffer.

Kemberg, den 30. Juni 1931.

89) Die Polizeiverwaltung.

Der Kreisamtsfuß in Wittenberg für die Erhebung einer

Fretchensteuer

beschlossen. Die Jahressteuer beträgt 100 RM.

Personen, die Fretchen halten, haben hierüber der Gemeindebehörde innerhalb 8 Tagen nach Erscheinen dieser Bekanntmachung oder nach Anschaffung eines Fretchens Anzeige zu erstatten.

Kemberg, den 29. Juni 1931.

90) Der Magistrat.

Neuer Schritt Hoovers?

Washington, 1. Juli. Im Weißen Hause wurde die übliche Pressekonferenz abgehalten. In Regierungskreisen beschränkt man sich auf die Feststellung, daß die Lage zu Zeit ernst und unbestimmt sei, da Frankreich als einziger Mitgliedstaat sich bisher weigere, an einer großartigen internationalen Zusammenarbeit teilzunehmen. Bei allen christlichen Bemühungen, zu einer Verständigung mit Paris zu gelangen, sehe man kaum eine Möglichkeit weiteren Nachgebens, ohne den klaren Sinn des Hoover-Plans preiszu geben. Eine amerikanische Garantie für die „Heiligkeit“ des Youngplans lehnt Washington selbstverständlich ab, und man erklärt es für unerwünscht, von Deutschland, dessen verzweifelte finanzielle Lage überall zugegeben werde, zu erwarten, daß es den in Höhe des unauflöslichen Teils ihm zu gewährenden Kredit in kurzer Zeit zurückzahle.

Hoover befragt die Lage in einer längeren Kabinettsitzung, an der Caffie und Mills teilnahmen, nachdem er vorher erneut mit Mellon telefoniert hatte. In parlamentaren Kreisen umgehende Gerüchte, für die eine Befähigung jedoch nicht zu erlangen ist, besagen, daß Hoover nicht nachgeben, aber auch Deutschland nicht im Stiche lassen werde, sondern schon jetzt mit seinen amtlichen und parlamentarischen Mitarbeitern berate, wie man Deutschland als fähigen Mitarbeiter des Hoover-Plans helfen könne. Als halbes werden die Meldungen bezeichnet, wonach man hier eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wünsche. Man sieht hier auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungssaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung eingeleitet habe und sie auch durchführen werde.

Der französische Ministerrat.

Ein nichtsfordernder Bericht.

Leber den Ministerrat, der um 6 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumer im Elysee zusammentrat, wurde lediglich folgender kurzer Bericht ausgegeben: „Ministerratpräsident Laval gab über den Stand der Verhandlungen mit dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon und dem amerikanischen Botschafter Edge Aufschluß.“

Gegen 1/2 9 Uhr abends setzte Laval die Besprechungen mit Mellon fort. Der amerikanische Schatzsekretär hatte im Laufe des Tages mehrfach telefonisch mit dem Weißen Haus in Verbindung gestanden. Wie verlautet, wird Amerika seinen Vorschlag annehmen, der nicht dem Sinn und Zweck des Hoover-Plans vollkommen entspreche. In amerikanischen Regierungskreisen betrachtet man die Lage in Paris zwar als

delikat, aber nicht als hoffnungslos.

doch ist man sich darüber im klaren, daß das amerikanische Parlament nie auf den Plan Hoovers eingehen werde, wenn er zu sehr verwässert und sein eigentlicher Zweck einer völligen Atempause für Deutschland vereitelt werde. Dies wurde der französischen Regierung von Mellon ganz klar zum Ausdruck gebracht.

Frankreich gibt nicht nach.

Wie Havas über den Verlauf des Ministerrats mitteilt, hat sich das Kabinett einmütig über die Notwendigkeit geeinigt, daß die französische Regierung sich nach der Abstimmung in der Kammer an den Text ihrer Antwort vom 24. Juni halten muß.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Washington seien bekannt. Frankreich schlägt vor, daß die durch das Moratorium verfügbar werdenden Summen nicht nur zur Besserung des Kredits Deutschlands, sondern auch der anderen mitteleuropäischen Staaten verwendet werden, wenn die Auslegung der Youngzahlungen finanzielle und wirtschaftliche Störungen hervorruft. Die Vereinigten Staaten dagegen wollen ihre Bemühungen lediglich auf die Wiederherstellung Deutschlands richten.

Frankreich fordert andererseits vor Ablauf des zwölftägigen Moratoriums die Prüfung von Maßnahmen, die beschleunigt im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Zahlungen ergriffen werden müssen. Hinsichtlich dieses wichtigen Punktes habe, wie es scheint, Frankreich, der Haupt-

gläubiger Deutschlands, weder seitens der Vereinigten Staaten noch Deutschlands die erforderlichen beruhigenden Versicherungen erhalten. Das Angebot des Präsidenten Hoover legt Wert darauf, daß die von Deutschland 1931/32 zu bezahlende Annuität erst nach 25 Jahren geleistet werden soll. Die französische Regierung dagegen hat in ihrer Antwort erklärt, daß dieser Betrag am Ende des zwölftägigen Moratoriums fällig werden müßte.

Die französische Regierung hat in einem Gefühl des Entgegenkommens (! Die Red.) beschlossen, diese Frist von einem Jahr auf fünf Jahre zu verlängern; aber das ist, wie es scheint, das einzige Zugeständnis, das der Ministerrat zu einem anfänglichen Plan annehmen zu müssen glaubt hat, ohne daß das „gehüllte Recht Frankreichs auf Reparationen“ beeinträchtigt wird.

Senatsentschließung zum Hooverplan.

— Paris, 1. Juli.

Nach der Kammer erörterte nunmehr auch der französische Senat den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover. Nach längerer Debatte und einer Erklärung des Finanzministers wurde die Ausprache mit der Annahme folgender Entschließung beendet:

Der Senat ist der Ansicht, daß die Achtung der Vereinigten Staaten die einzige Grundlage der internationalen Beziehungen bildet. Der Senat erinnert an die Opfer und Zugeständnisse aller Art, die Frankreich seit 13 Jahren zugunsten der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zugunsten der Wiederherstellung der Wirtschaft und der europäischen Wirtschaft gebracht hat. Der Senat billigt die Erklärung der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

In der vorausgegangenen Debatte hatte Senator Lemery ausgeführt, die Vereinigten Staaten nehmen heute Frankreich an der Gurgel und verlangen, daß es nichts bezahlt werde.

Im Verlaufe der Debatte nahm auch der

Ministerpräsident Laval

das Wort und erklärte, die Lage sei heftiger als jemals seit Kriegsende. Der Youngplan und die Haager Abmachungen müßten aufrechterhalten werden, denn sie stellten die endgültige und vollständige Reparationsregelung dar. Die gegenwärtige Krise sei ernst, vor allem für Deutschland.

Man müsse beachten, daß alle Regierungen Hoovers Plan zugestimmt hätten.

Frankreich habe daher diesen Vorschlag nicht ablehnen dürfen, sondern es habe lediglich Vorbehalte geltend machen können. Bei den Verhandlungen, die fortgesetzt werden würden, werde die Regierung an die „größte Sorgfalt und die Würde Frankreichs denken“. Ferner werde die Regierung demütig eine freimütige Ausprache mit dem deutschen Reichskanzler haben.

Zum Schluß betonte der Ministerpräsident, angelehnt an die schwierigen Verhandlungen könne er weitere Mitteilungen nicht abgeben. Die Regierung bedürfe harter Autorität und erwarre daher eine patriotische Vertrauensstärkung des Senats.



kein Grund vorliegt. Unter diesen Umständen wäre es nicht

anzunehmen, daß die geplante Hilfsaktion Belgien ganz besonders schwere Lasten auferlegte und es schweren finanziellen Schwierigkeiten aussetzte.

Im Hinblick auf diese Erwägung stimmt die belgische Regierung ausdrücklich dem Prinzip des Vorschlags des Präsidenten Hoover zu, überzeugt davon, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Aufmerksamkeit anerkennen wird, die Modalitäten der Ausführung so zu bestimmen, daß der Plan mit der speziellen Situation und den Rechten Belgiens in Einklang gebracht werden kann.

Zuspitzung in Paris.

Deutschland soll die Schuld tragen.

Zur Unterbrechung der französisch-amerikanischen Verhandlungen nehmen die Pariser Blätter nur wenig Stellung. Sie bemühen sich lediglich, den Rahmen einer allgemeinen Information nicht zu überschreiten, und betonen dabei übereinstimmend, daß es keine französische Regierung gebe, die sich bereitfinden könne, in ihren Zugeständnissen noch weiter zu gehen, als dies Laval und Briand bereits getan hätten. Ein Teil der Schuld an dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen suchen sie auf den französischen abzuwälzen, das sich bisher einer französisch-deutschen Verständigung entzogen hätte.

Weber drei Hauptpunkte besetzen nach wie vor weitgehende Meinungsverschiedenheiten. 1. Frankreich verlangt die Rückzahlung des belgischen Kredits innerhalb von spätestens 5 Jahren nach Ablauf des einjährigen Zahlungsanspruchs. Amerika betrachtet diesen Zeitraum für ungenügend und verlangt 25 Jahre. 2. Frankreich verlangt Garantie dafür, daß Deutschland während dieser 5 Jahre von sich aus keinen neuen Moratoriumsbescheid stellt. Wenn dies doch der Fall sein sollte, wünscht die französische Regierung von der Verpflichtung entbunden zu werden, den Garantiefonds in Höhe von 500 Millionen Reichsmark an die BIZ zu zahlen. 3. Frankreich wünscht, daß auch verschiedene andere mitteleuropäische Länder von den freizubehaltenden Geldern des ungeklärten Teiles der Reparationen profitieren, während Amerika die Ausgiebung zur Deckung der Reparationen will. Wenn diesen Forderungen Frankreich für den deutschen Kredit nachgeben sollte, verlangt, so scheint es, als ob sich Amerika mit einem ganz geringen Satz einverstanden erklärt hat.

In französischen Unterredaktionen ist man der Zuspitzung, daß über Punkt 1 und 3 eine Einigung erzielt werden könnte. Punkt 2 bildete hingegen Gegenstand einer ausgedehnten Ausprache während des Ministerrats. Dabei wurde beschlossen, daß die französische Regierung in diesem Punkt auf keinen Fall nachgeben könne.

„Frankreich kann Deutschland zwingen“.

Zu der Unterbrechung der amerikanisch-französischen Verhandlungen erklärte einer der beteiligten französischen Minister folgendes: „Washington hat nunmehr das Wort. Man muß aber zugeben, daß Deutschland die Angelegenheit nicht erleichtert. Sicher sollte alles zum 1. Juli fertig sein, aber wir können nicht schneller gehen. Wir sind jedoch noch wie vor optimistisch über den endgültigen Ausgang der Verhandlungen.“

Ministerpräsident Laval betonte, daß er Mellon in Lebensentscheidung mit allen Regierungsmitgliedern verantwortlich habe. Er sagte dann wörtlich: „Präsident Hoover kann sich hinter seinem Konzept verbergen und ich verhehle mich hinter der Kammer, die ihrer Meinung Ausdruck gegeben hat. Ich füge, daß wir an der überhöhten Grenze der Zugeständnisse angelangt sind. Die französische Öffentlichkeit würde nicht begreifen, daß wir noch weiter gingen. Ich bleibe aufrecht, aber fest.“

Bertinor sagt in „Echo de Paris“, Deutschland habe in den bisherigen Verhandlungen eine ganz bestimmte Rolle gespielt. Die Reichsregierung habe nicht einmal den Hoover-Vorschlag abgemauert, denn schon am 17. Juni habe der deutsche Botschafter dem französischen Finanzminister gesagt, daß Deutschland von dem Recht des Moratoriums Gebrauch machen werde. Der Botschafter habe schon damals hinzugefügt: — und das habe man bisher immer verweigert — daß die deutschen Zahlungen niemals wieder aufgenommen werden würden. Laval und Briand hätten später den Reichskanzler und den Außenminister eingeladen, bereits am 27. Juni nach Paris zu kommen und an den Verhandlungen teilzunehmen. Beide Reichsminister hätten jedoch abgelehnt.

Selbst bei einem Scheitern der amerikanisch-französischen Besprechungen würde sich die Lage Frankreichs nicht verschlimmern. Dank ihrer finanziellen Macht werde die französische Regierung immer Deutschland ihren Willen aufzwingen können. In gewisser Hinsicht würde es für Frankreich sogar vorteilhaft sein, unmittelbar mit Deutschland unter Ausschaltung Amerikas zu verhandeln.

Eine Erklärung Hoovers.

Washington, 1. Juli. Unterstaatssekretär Caffie gab nach einer längeren Besprechung mit dem Präsidenten Hoover und dem stellvertretenden Staatssekretär für die Finanzen, Mills, folgende Erklärung ab: „Alle Regierungen mit Ausnahme der französischen haben nunmehr dem Plan des Präsidenten Hoover grundsätzlich zugestimmt. Einige Schwierigkeiten entstan-